

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10, und bei den Depots 2 Km., bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs 2 Ml. 50. Pf.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Jührich. Inowrazlaw: Justus Walis, Buchdruckerei. Neumarkt: F. Köpke. Graudenz: Gustav Röthe. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtämterer Asten.

Redaktion und Expedition:

Brückenstraße 10.

Insertionsgebühr

die 5 gespaltene Petritze oder deren Raum 10 Pf.
Inseraten-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10.
Heinrich Neß, Coppernicusstraße.

Die freisinnige Partei vor den Stichwahlen.

Der Reichskanzler hat sein Ziel erreicht. Die oppositionelle Majorität des Reichstags, d. h. die Majorität, die, wenn nicht alles Schlimme, so doch das Schlimmste verhüten konnte und verhütet hat, ist gebrochen. Das Zentrum hat zwar, obgleich es dem Reichskanzler gelungen ist, sogar den Papst gegen die Führer ins Feld zu führen, seinen Zusammenhalt nicht verloren, wenn auch ein paar schwankende Wahlkreise wieder einmal in die Hände der Gegner übergegangen sind. Diese Verluste würden nicht ins Gewicht fallen, wenn nicht das Kriegsgeschrei Verwirrung und Zwietracht in die Reihen der freisinnigen Männer des Landes getragen hätte. Die freisinnige Partei ist mit dem gestraft worden, womit sie gesündigt hat. Nur das blinde prüfungslose Vertrauen in die diplomatische Leistungsfähigkeit des Reichskanzlers hat die Möglichkeit geboten, in Fragen der inneren Politik, in einer rein konstitutionellen Frage, wie es die Frage der Bewilligung der Friedens-Präsenzässer auf 7 oder 3 Jahre ist, die Vertrauensfrage bezüglich der auswärtigen Politik zu stellen. Die Begründung, daß die Annahme des Separatats den Frieden, die Ablehnung desselben den Krieg bedeute, kann einer Kritik nicht unterworfen werden. Wer gewohnt ist, in Sachen der auswärtigen Politik dem Reichskanzler absolutes Vertrauen zu schenken, wird sich in dieser Hinsicht bescheiden. Daß der Friede nicht hätte erhalten werden können, wenn die seppenatsfreundliche Majorität des Reichstags das Feld behauptet hätte, läßt sich ebenso wenig nachweisen, wie es zweifellos ist, daß jetzt, nachdem der Reichstag eine entschieden seppenatsfreundliche Majorität aufweist, der Friede erhalten bleiben wird. Aber welchen Verlauf auch die Dinge nehmen werden, es wäre verhängnisvoll, wenn die Niederlage, welche die deutschfreisinnige Partei im ersten Wahlgange erlitten hat, eine Entmächtigung hervorrufen sollte, welche die Vertheidigung der Positionen, über die erst in der Stichwahl entschieden wird, erschweren oder unmöglich mache. Man sage nicht, daß es für die liberale Sache gleichgültig ist, ob die freisinnige Partei im nächsten Reichstage 20 oder 30 oder 40 Mitglieder zählt. Jedes Mandat, welches die Partei behauptet, ist ein Stützpunkt mehr zur Vertretung wahrhaft liberaler Grundsätze, ein Samenkorn, aus welchem in einer vielleicht nahen Zukunft neue Blüthen sprühen können. In parlamentarischen Dingen giebt es der Natur der Sache nach wenig

Männer, welche auf allen Gebieten bewandert sind. Selbst auf den einzelnen Gebieten, z. B. denjenigen der Finanz- und Steuerpolitik, der Gewerbe- und Sozialpolitik, in Fragen des öffentlichen, des Straf- und Zivilrechts u. s. w., bedarf einer Partei, die, wenn sie auch nicht ausschlaggebend durch ihre Stimmenzahl sein kann, so doch auf die Entscheidungen durch die Kraft ihrer Gründe oder durch die bessere Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse Einfluß auszuüben berufen ist, einer größeren Anzahl von sachverständigen Mitgliedern. Niemand also darf in der Auffregung über den Misserfolg im ersten Wahlgange die Linie ins Korn werfen und das Weitere dem Zusoll d. h. unsren Gegnern anheimgeben. Die freisinnige Partei hat für ihre Genossen weder Anweisungen auf die Gegenwart noch Versprechungen für die Zukunft. Auch wenn sie am Ruder wäre, würde sie den Grundsatz nicht verleugnen, daß der Staat nicht das Recht hat und nicht dazu berufen ist, den Einen auf die Kosten des anderen zu begünstigen. Die freisinnige Partei nimmt für ihre Angehörigen das Recht, aber auch die Pflicht der uneigennützigen Vertretung der wahrhaft liberalen Grundsätze in Anspruch. Nur auf diesem Wege kann sie hoffen, den verlorenen Boden im Lande wiederzugewinnen, auch ohne den Sonnenschein der Macht, der die Dienstfertigen erfreut.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 28. Februar.

Am Ministerische: Dr. v. Gossler u. A.

Das Haus tritt in die zweite Sitzung des Kultus-
rats.

Vor Eintreten in die Tagesordnung kommt Minutenlang auf Berger's Vorstellung betr. der Vorgänge abermals auf Berger's Vorstellung betr. der Vorgänge der Dortmunder Wahl von 1861 zu sprechen, um die Richtigkeit seiner Angaben zu erhärten, wobei ihm allerdings der Freiherrn begegne sei, daß er die zweite mit der dritten damaligen Stichwahl verwechsle. Es folgt die Spezialberatung des Kultusrats. Bei den Einnahmen spricht Abg. v. Meyer (Ansbach) seine Zustimmung zum Entwurf aus, bedauert jedoch, daß der eigentliche Kultusrat, speziell die Mittel im direkten Interesse der Künstler zuerst knapp bemessen seien. Bei dem Zuspruch aus dem Reichsfonds für das Seminar der orientalischen Sprachen spricht Abg. Hagens seine Genügsamkeit über die geplante Organisation des Instituts aus.

Bei dem Ausgaben-Entwurf „Minister“ erklärt Windhorst, seine Partei werde Angeklagte der neuen kirchenpolitischen Vorlage von der Vorbringung prinzipieller Beschwerden im Augenblick absehen, und dieselben bis zur Entscheidung über diese Vorlage zurückstellen.

Abg. Ostrowicz führt Klage, daß die Schulen in Westpreußen und Posen, anstatt den Nationalitäts-

Verhältnissen angepaßt zu sein, als politisches Agitationsmittel für Germanisierungszwecke benutzt würden, indem darin systematisch die polnische Sprache verdrängt werde.

Der Kultusminister betont, es handle sich speziell, was die Versetzungen polnischer Lehrer anlangt, um politische Maßnahmen. Die Versetzungen seien keineswegs massenhaft erfolgt, es sei auch klar, daß der Verwaltung daran liege, jede unnötige Härte zu vermeiden, wenngleich diese Eingriffe in die persönlichen Verhältnisse der Lehrer sich nicht vermeiden ließen. Seiten der Verwaltung sei übrigens jede mögliche Erleichterung gewährt. Der Minister habe im persönlichen Verkehr mit den Lehrern fast ausnahmslos volles Verständnis gefunden. Wenn den deutschen Lehrern, die in freigewordene Stellen versetzt, Gulagen gewährt wären, so sei das vorübergehend geschehen, um ihnen die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erleichtern. Die Verwaltung werde in Ausführung der Maßnahmen nach wie vor alle Gerechtigkeit walten lassen und Härten zu mildern suchen.

Die Abg. v. Garlinski und J. d. gew. weisen die Berechtigung der Klagen über die Ver-
setzungen nach.

Abg. Windhorst fügt hinzu, daß an der tatsächlichen Lage nichts mehr zu ändern sei, es müsse aber stets wieder darauf hingewiesen werden, wie unzweckmäßig das Gesetz über die Anstellung der Lehrer in Westpreußen und Posen sei.

Das Gehalt des altkatholischen Bischofs, worüber v. Schorlemmer-Alst namentliche Abstimmung beantragt, wird mit den Stimmen der Konseriativen, Nationalliberalen und einem Theile der Freisinnigen bestimmt. Der Antrag Knörch wegen Einführung eines Postens, um älteren emeritierten Volksschullehrern, welchen die Vorzüglichkeit des Lehrerpensionsgesetzes nicht zugute kommen, einen entsprechenden Zuspruch zu gewähren, wird der Budgetkommission überwiesen.

Nach Erledigung des größten Theiles des Staatsvertrags sich das Haus auf Donnerstag.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. Februar.

Der Kaiser nahm gestern den Vortrag des Grafen Perponcher entgegen, empfing sodann im Beisein des Gouverneurs und des Kommandanten mehrere höhere Offiziere und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Wirth, Geh. Rath v. Wilmowski. Am Nachmittag hatte der Kaiser eine Konferenz mit dem Fürsten Bismarck.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte heute schon eine kaiserliche Ordre, welche den Reichstag bereits zum 3. März beruft.

Dem Bundesrat ist neuerdings ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen vorgelegt worden.

Das Charakteristische der neuen Zusammenziehung des Reichstags ist keineswegs, wie die Organe der Kartellparteien triumphierend hervorheben, der Wiedereinzug einer Mehrheit aus Nationalliberalen und Konseriativen in

den Reichstag, sondern die Möglichkeit der Bildung einer doppelten Majorität, einer konseriativ-nationalliberalen oder, wenn das dem Reichskanzler besser behagt, einer aus der konseriativen Partei und dem Zentrum bestehenden. Die Kreuzzeitung hat also Unrecht, wenn sie es auch nur als möglich ansieht, daß die nationalliberale Partei da wieder anknüpfe, wo sie im Jahre 1878 aufzuhören genöthigt war; indem der Reichskanzler sie bei der Neuwahl unter der Parole des Sozialistengesetzes an die Wand drückte. Von solchen Anknüpfungen ist schon vor allem deshalb keine Rede, weil die nationalliberale Partei von heute eine selbstständig liberale Partei nicht mehr ist; weil sie den Zuwachs, den sie 1884 und jetzt erhalten hat, der Wirkung der Konseriativen und der rücksichtslosen Unterstützung der Regierungsbürokratie verdankt. Die nationalliberale Partei, insofern sie liberal war, hat durch den Abschluß des Wahlkartells mit den Konseriativen einen Selbstmord begangen. Die Nat.-Btg. ist dann auch besiegen genug, der neuen nationalliberalen Partei keine andere Aufgabe zu stellen, als die, in gemeinsamer Arbeit mit den konseriativen Parteien an der Entwicklung der Institutionen des Reichs zu arbeiten. Daß diese Arbeit sich unter weit ungünstigeren Verhältnissen vollziehen wird, als in der Zeit der sog. liberalen Ära, liegt auf der Hand. Was am freiheitlichen Zusammenschluß geschaffen wurde, verdankt das Reich wesentlich dem Drängen der entweder liberalen Elemente, die damals der nationalliberalen Partei angehörten, oder die sich, wenn Freiheitsfragen in Betracht kamen, ihrem linken Flügel anschlossen. Damals war die nationalliberale Partei in der günstigen Lage, in welcher in dem letzten Reichstage Herr Windhorst sich befand, entweder mit der Fortschrittspartei oder mit den Konseriativen eine Majorität zu bilden. Das Schwergewicht des rechten Flügels der nationalliberalen Partei hat dieselbe damals verhindert, in freiheitlicher Hinsicht die Gnade der Lage auszubeuten; wie das nachher Fürst Bismarck selbst eingestanden hat. Heute ist die Furcht, daß die nationalliberale Partei versuchen könne, sich von der Partei des Reichskanzlers zu emanzipieren, völlig unbegründet. Das letzte Jahrzehnt, meint die Nat.-Btg., hat empfindliche Lehren in Bezug auf diesen, was zu thun und zu vermeiden ist, allen Beteiligten gegeben. Daß die Nationalliberalen diese Lehren nicht missachten werden, dafür wird schon die Konkurrenz des Zentrums sorgen. Die Fr. v. Hammerstein u. Gen. also können ruhig sein.

Feuilleton.

Die Erbin von Wallersbrunn.

Original-Roman von Marie Romany.

44.) (Schluß.)

Es war ein weithin sich erstreckendes Ge-
rebe, welches über diese Verlobung des vom
Tode auferstandenen Freiherrn Ludwig von
Erlenburg mit Alice von Waldheim in Um-
lauf gebracht ward.

Wohl hatte der würdige Thomas Bornau bei seinen Verfassungen auf der Festzung und bei seinen Erzählungen über Alice die gute Absicht im Auge behalten, daß ganze Verhältniß, welches den Freiherrn während der einundzwanzig Jahre in Italien festgelegt und Herrn von Waldheim zum Besitzer von Wallersbrunn gemacht hatte, in der Umgebung des Dominiums verborgen zu halten; aber es war ja nicht möglich, selbst bei der ungeheurem Entfernung von Rom nach der Steiermark, daß ein Ereignis, wie die Aufdeckung des Frevels von St. Salvatore, für die österreichischen Provinzen ein Geheimnis blieb. So bedarf es wohl kaum der Erwähnung, daß das Vergehen des Herren von Waldheim

und der endgültige Sieg der Gerechtigkeit allseitig zum Thema der Unterhaltung gemacht wurde, bis endlich durch die Verlobung des Freiherrn mit Alice dem Unerhörten des Ereignisses die Krone auf's Haupt gesetzt ward.

Herrn von Erlenburg bekümmerde dies nicht viel. Er hatte, nachdem er seine Beziehung zu Fr. von Waldheim veröffentlicht und die gerichtlichen Schritte zum Wiederbesitz seines Eigentums zu Ende geführt hatte, Wallersbrunn bezogen und in den seiner nahen Verbindung entsprechenden Stand gesetzt; er war mit den distinguierten Zirkeln der Umgebung, soweit die Etiquette es erlaubte, in gesellschaftliche Verbindung getreten; und dem Sprossen eines so berühmten Adelsgeschlechtes und Besitzer eines so glänzenden Dominiums, dem nebenbei so viele persönliche und gesellschaftliche Vorzüge als Empfehlung dienten, konnte es nicht fehlen, in Kurzem ein Liebling der ihn umgebenden hohen Kreise zu sein.

Alice von Waldheim blieb in München nur noch kurze Zeit. Bald nach den Fastenwochen nahm sie das Anerbieten ihres Vormundes an, bis zu ihrer Vermählung, die nach Ablauf des Trauerjahrs erfolgen sollte, im Pfarrhouse zu wohnen, welche Einrichtung, wenn auch außergewöhnlich, sehr bald allseitig gepriesen ward.

An einem wonnigen Maitage fand die Trauung des auf so seltsamem Wege zusammengeführten Paars in der Dorfkirche statt. Nur ein kleiner Birtzel von Gästen war bei der heiligen Handlung zugegen; aber die nicht endenwollenden Glückwünsche und Theilnahmsbezeugungen gaben das beredteste Zeugnis, wie sehr die ganze weite Umgebung an dem Glück des jungen Paars Anteil nahm. Eine unabsehbare Fülle von Blumen und Kränzen empfing die junge, von ihrem Glück berauschte Freifrau von Erlenburg, als sie nach ihrer Hochzeitsreise, die man über die Schweiz und den Rhein bis nach Paris ausgedehnt hatte, nach Wallersbrunn zurückgekehrt war. Auch die Verehrung, welche ihr in den Kreisen der Gesellschaft zu Theil wurde, zeigte, daß jede Erinnerung an den Frecken, welcher einst ihren Namen von Waldheim verunglimpt hatte, erloschen war.

Es hätte übrigens nicht der Huldigungen von außen bedurft, um Alice zu dem glücklichsten aller Weiber auf Erden zu machen; die überschwängliche Liebe ihres Gatten, die begeistrende Empfindung, die sie selbst ihm entgegenbrachte, gestalte für beide, für Ludwig sowohl wie für sie selber, ein Himmelreich aus der Welt.

Nicht ein Jahr nach ihrer Verheirathung.

war verlossen, als dem Dominium Wallersbrunn ein zukünftiger Erbe geboren ward. Als Liebling beider Eltern wuchs er heran. Freilich schonte sich Alice, obgleich sie den Sohn vergötterte, auch eine Tochter zu haben, welches Glück ihr wohl auch noch bescheren mag.

Der Pflicht gegenüber seiner Tochter Cäcilie hat Herr von Erlenburg, und aus vollem Herzen, Genüge gethan. Paolo Barlo glänzt heute als ein hervorragender Bauunternehmer Neapels und jedem der fünf bis jetzt in seiner Ehe mit Cäcilie geborenen Kinder wurde von dem Freiherrn, nachdem es aus der Taufe gehoben worden, eine Schenkung von fünfundzwanzigtausend Franken gemacht.

Auch diese Familie hat der Lauf der Zeit in überreichem Maße glücklich gemacht. Kein Wölkchen trübt den reinen Horizont des Edens, welches durch Herrn von Erlenburgs Güte für sie bereitet ward. Paolo strebt aufwärts, Cäcilie erzieht ihre Kinder und alle denken sie dem Schöpfer, der einstmals Herrn von Waldheim die Kraft des Willens verlieh, durch welche die so lautere Glückseligkeit geschaffen ward!

Ende.

